

Rüstung runter, Löhne und Soziales rauf! – Gegen Militarisierung, Aufrüstung und Kriegsertüchtigung

Antragstext

Der ver.di-Bundeskongress beschließt:

- 1. ver.di positioniert sich klar und unmissverständlich gegen Militarisierung, Aufrüstung und die sogenannte „Kriegsertüchtigung“ von Gesellschaft, Arbeitswelt und öffentlicher Daseinsvorsorge.**
- 2. ver.di lehnt eine weitere massive Erhöhung der Rüstungsausgaben, das 5% Ziel vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) der NATO sowie die Umleitung öffentlicher Mittel zugunsten militärischer Zwecke ab. Stattdessen fordert ver.di Investitionen in Löhne, soziale Sicherungssysteme, Gesundheit, Bildung, Pflege, Verkehr und andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.**
- 3. ver.di stellt sich gegen Maßnahmen der Militarisierung im Alltag von Beschäftigten, insbesondere:**
 - gegen die Wiedereinführung oder Ausweitung der Wehrpflicht und Zwangsdienste insbesondere im Sinne des Arbeitssicherstellungsgesetzes (ASG)
 - gegen Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr in Schulen, Betrieben, Verwaltungen, Hochschulen usw.
 - gegen militärische Einsatz- und Notfallplanungen in sozialen Einrichtungen und im Gesundheitswesen, die zivile Bedarfe dem Militär unterordnen.
- 4. ver.di unterstützt und fördert innergewerkschaftliche Diskussionen, Bildungsarbeit und öffentliche Aufklärung, um der militaristischen Propaganda und der politischen Legitimierung von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung entgegenzutreten.**
- 5. ver.di unterstützt bzw. initiiert Proteste, Aktionen und Bündnisse gegen Aufrüstung, Kriegsvorbereitung, Waffenlieferungen und Sozialabbau und bringt sich aktiv in entsprechende gesellschaftliche Mobilisierungen ein.**

Begründung

Militarisierung geht zulasten der Beschäftigten

Seit der von der Bundesregierung ausgerufenen sogenannten „Zeitenwende“ ist eine massive Verschärfung der Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik zu beobachten. Hunderte Milliarden Euro werden für Rüstung und Militär mobilisiert, während gleichzeitig behauptet wird, für notwendige Investitionen in Gesundheit, Pflege, Bildung, öffentlichen Verkehr und soziale Sicherheit fehle das Geld. Diese Prioritätensetzung trifft unmittelbar die Beschäftigten und die von ver.di vertretenen Bereiche.

Aufrüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten derselben Politik

Die Kosten der Aufrüstung sollen von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden – durch Reallohnverluste, Kürzungen im Sozialstaat, Angriffe auf Arbeitszeitregelungen, Renten und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Militarisierung dient dabei auch als politische

Legitimation für Sozialabbau, autoritäre Maßnahmen und die Einschränkung gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte. Dagegen muss sich eine Gewerkschaft klar und grundsätzlich positionieren.

Kriegsertüchtigung betrifft die Arbeitswelt unmittelbar

Militarisierung bleibt nicht abstrakt. Sie zeigt sich konkret in Betrieben und Einrichtungen: im Gesundheitswesen durch Planungen für militärische Priorisierung, in Schulen durch Bundeswehrwerbung, in Verwaltungen und Betrieben durch Notstands- und Kriegsszenarien. Diese Entwicklung widerspricht den gewerkschaftlichen Grundwerten von Solidarität, sozialer Sicherheit und ziviler Konfliktlösung.

Gewerkschaften brauchen eine eigenständige friedenspolitische Haltung

ver.di steht in der Tradition einer internationalen, solidarischen Gewerkschaftsbewegung. Diese Tradition verpflichtet dazu, sich nicht auf die Logik militärischer Eskalation einzulassen, sondern die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Menschen über nationale und geopolitische Grenzen hinweg zu vertreten. Internationale Solidarität statt Aufrüstung ist eine zentrale gewerkschaftliche Antwort auf Krieg und Krise.

Mobilisierung statt Schweigen

Eine bloß reaktive oder zurückhaltende Haltung reicht angesichts der aktuellen Entwicklungen nicht aus. ver.di muss Räume für Diskussion schaffen, Gegenpositionen sichtbar machen und gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren Widerstand gegen Militarisierung und Sozialabbau organisieren. Die Unterstützung von Protesten, auch von Initiativen aus der Jugendbewegung gegen Wehrpflicht und Rekrutierung, ist dafür ein wichtiger Bestandteil.

Internationalen Klassenstandpunkt einnehmen

Jeden Tag ist in der Presse zu lesen, dass Aufrüstung nötig sei, um Demokratie und Wohlstand zu verteidigen. Die kapitalistische Weltordnung gerät zunehmend aus den Fugen. Wie in vergangenen (Welt-)kriegen sind es in Wirklichkeit Kapitalinteressen, um die es geht: Die kapitalistischen Mächte kämpfen um Zugang zu Rohstoffen, Absatzmärkte und Einflussphären. Egal, ob Putin, Trump, Macron oder Merz: Ihre Kriege sind nicht im Interesse der Masse der arbeitenden Bevölkerung – weder in Deutschland noch international. Die Gewerkschaften müssen die Kriegspolitik der Bundesregierung, Aufrüstung und Militarisierung entschieden ablehnen und dieser einen unabhängigen internationalen Klassenstandpunkt entgegensetzen. Dem Ruf nach mehr Waffen muss die internationale Solidarität aller Arbeitenden entgegengesetzt werden.

Der Generalstreik in Italien im Herbst 2025 gegen Waffenlieferungen an den Staat Israel sowie gegen die Kürzungen der italienischen Regierung sollten als Vorbild dienen.

„Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen“ schrieb 1887 Wilhelm Liebknecht in einem Flugblatt, und August Bebel formulierte im Reichstag „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“. Wir stimmen mit ihnen überein und sagen hier und heute: Keinen Menschen und keinen Cent für ihre Kriege!

Der Grundsatz ist klar: Öffentliche Mittel werden für gute Arbeit, soziale Sicherheit und eine solidarische Gesellschaft gebraucht – nicht für Aufrüstung und Krieg.

Rüstung runter, Löhne und Soziales rauf!

